

einen Tisch“, um an diesem Tisch den noch nicht durch die Remilitarisierung Westdeutschlands belasteten Weg zu einem friedliebenden und demokratischen Deutschland festzulegen. Nachdem alle Angebote und Vorschläge unserer Partei, der Volkskammer und Regierung von den herrschenden Kreisen in Bonn und der sozialdemokratischen Parteiführung ausgeschlagen worden waren und Westdeutschland den Weg der Aufrüstung beschritt, war damit auch die letzte Chance gesamtdeutscher freier Wahlen vertan.

Der Kampf unserer Partei gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands ist ein wichtiger Bestandteil des internationalen Kampfes des sozialistischen Lagers und aller Friedenskräfte in der Welt unter der Führung der Sowjetunion für Frieden und Entspannung. Unsere Partei und unsere Regierung, die den heldenmütigen Kampf der Völker Koreas und Vietnams gegen die imperialistischen Aggressoren unterstützt hatten, begrüßten die außenpolitische Initiative der Sowjetregierung, welche die imperialistischen Großmächte zur Feuereinstellung in diesen Ländern zwang. Das 24. Plenum des Zentralkomitees begrüßte den auf Vorschlag der Sowjetunion abgeschlossenen Staatsvertrag mit Österreich. Unser Kampf gegen den deutschen Militarismus wurde durch weitere Abrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion (Demobilisierung von 640 000 Mann, Auflösung der militärischen Stützpunkte in Port Arthur und Porkalla) nachhaltig beeinflusst.

Der Beitritt Westdeutschlands zum aggressiven NATO-Pakt

Die folgende Periode wird durch das Bestreben des amerikanischen und westdeutschen Monopolkapitals gekennzeichnet, Westdeutschland zur Angriffsbasis der NATO in Europa auszubauen. Am 9. Mai 1955 erfolgte der Beitritt Westdeutschlands zur NATO. Diese Politik wurde der Bonner Regierung nicht zuletzt dadurch ermöglicht, daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung durch den Aufschwung der Wirtschaft und die Wirtschaftswunder-Propaganda beeindruckt wurde und daß die SPD-Führung sich auf eine Scheinopposition beschränkte und sich nach vollzogenem Eintritt in die NATO - sogar auf den Boden der NATO-Politik stellte.

Unsere Partei charakterisierte den Beitritt Westdeutschlands zum sogenannten Atlantikpakt als einen von der deutschen Großbour-